

3338/J XXI.GP

Eingelangt am: 30.01.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Glawischnig, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Artothek

Der Rechnungshof listet in seinem Prüfbericht über das Verwaltungsjahr 2000 Mängel bei der Inventarsverwaltung der Artothek des Bundes auf. Weiters bestehen einige Unklarheiten betreffend der zukünftigen Verwaltung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wann und wo war der "Verwaltungsposten" für die Artothek ausgeschrieben?
2. Wer waren die Bewerber?
3. Auf welcher Grundlage erfolgte der Zuschlag?
4. Was geschieht, wenn die EU-Förderung dem jetzt mit der Arbeit betrauten Verein nicht oder nicht mehr zugeteilt wird?
5. Wird die bewährte Ankaufspraxis, mit welcher der Bund seit Jahrzehnten Künstlerinnen sehr direkt unterstützt, in gleicherweise fortgesetzt?
6. Wenn ja, wer wird in Zukunft die Auswahl treffen?
7. Wird es weiterhin Ausstellungen geben, in denen die Neuerwerbungen der Artothek präsentiert werden? Angeblich wurden weitere Ausstellungen untersagt.
8. Wo sollen künftig die Bestände der Artothek gelagert werden, nachdem der jetzige Standort "nicht geeignet" und zu "teuer" ist?
9. Ist es vorgesehen, dass in Zukunft auch Privatpersonen Werke in der Artothek ausleihen können?
10. Wie erklären Sie die Probleme bei der Standortkontrolle Kunstwerke, was werden sie dagegen unternehmen?
11. Wie wird die Verleihtätigkeit in Zukunft organisiert werden?